

Amtsgericht Pinneberg



Amtsgericht Pinneberg, Außenstelle
Osterbrooksweg 42 + 44, 22869 Schenefeld

69 C 126/25

Herrn
Henning von Stosch
Mühlenstraße 5
25421 Pinneberg

für Rückfragen:

Telefon: 04101 503-328

Telefax: 04101 503-101

Ihr Zeichen

Bitte bei Antwort angeben
Akten- / Geschäftszeichen
69 C 126/25

Datum
14.07.2026

Stadtwerke Südholstein GmbH ./. von Stosch, H.
wg. Zutrittsgewährung

Sehr geehrter Herr von Stosch,

anbei erhalten Sie eine beglaubigte Abschrift des Beschlusses vom 14.07.2026.

Mit freundlichen Grüßen

Mannes, Justizangestellte

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Dienstgebäude:
Osterbrooksweg 42 + 44
22869 Schenefeld

Telefon: 04101 503-0
Telefax: 04101 503-262
Internet: <https://ag-pinneberg.schleswig-holstein.de>

Kontoverbindung:
Empfänger: FinMinSH, Landeskasse, Bundesbank Hamburg
IBAN: DE82 2000 0000 0020 2015 77
BIC: MARKDEF1200

Montag bis Freitag von 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr sowie nach Vereinbarung. Das Nachlassgericht ist mittwochs geschlossen. Gesonderte Hinweise zur Anfahrt sowie zu den Öffnungs- und Sprechzeiten finden Sie auf der Internetseite des Gerichts. Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten finden Sie auf der Internetseite des Gerichts. Auf Wunsch werden sie kostenfrei per Post übersandt. Bitte beachten Sie die Hinweise auf unserer Internetseite zu den zwei Außenstellen in Quickborn und Schenefeld und den dort ansässigen Abteilungen.

69 C 126/25



Amtsgericht Pinneberg

Beschluss

In dem Rechtsstreit

Stadtwerke Südholstein GmbH, vertreten durch d. Vorstand, Am Hafen 67, 25421 Pinneberg
- Klägerin -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **KSP Kanzlei Dr. Seegers, Dr. Frankenheim Rechtsanwaltsgesellschaft mbH**, Kaiser-Wilhelm-Straße 40, 20355 Hamburg, Gz.: HL2513266

gegen

Henning von Stosch, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg
- Beklagter -

wegen Zutrittsgewährung

hat das Amtsgericht Pinneberg durch die Direktorin des Amtsgerichts Gärtner am 14.07.2026 beschlossen:

Das Ablehnungsgesuch des Beklagten vom 13.07.2026 gegen die Richterin am Amtsgericht Hirner wird als unzulässig verworfen.

Gründe:

Der Befangenheitsantrag ist unzulässig, da er offensichtlich rechtsmissbräuchlich ist. Seine Begründung ist zur Darlegung der Besorgnis der Befangenheit gänzlich ungeeignet, da er sich im Wesentlichen in pauschaler oder bloßer Schmähkritik und Beschimpfungen erschöpft und keinen hinreichenden Bezug zum konkreten Verfahren oder zu konkreten richterlichen Verhaltens-

weisen aufweisen.

Der einzige Verfahrensbezug ist der Angriff auf den Beschluss vom 08.07.2026, mit dem die abgelehnte Richterin angeordnet hat, dass die mündliche Verhandlung am 15.07.2026 als Videoverhandlung stattfindet und den Prozessbevollmächtigten der Klägerin die Teilnahme an diesem Verhandlungstermin per Bild- und Tonübertragung gestattet hat. Dabei hat sie ganz offensichtlich nur über den Antrag der Klägerseite entschieden und nur dieser die Teilnahme per Bild- und Tonübertragung gestattet. Der Beklagte kann an der Verhandlung im Saal teilnehmen. Darauf ein Ablehnungsgesuch zu stützen, entbehrt jeder Substanz und dient ganz offensichtlich nur der Verzögerung des Verfahrens, was auch daran deutlich wird, dass der Beklagte seinen Befangenheitsantrag zugleich mit „Absage der Verhandlung am 15.07.26. Antrag auf Neufestsetzung des mündlichen Termins!“ überschreibt.

Der Beklagte hat darüber hinaus Gründe, die die Besorgnis der Befangenheit auslösen oder einen Ausschlussgrund darstellen könnten, weder substantiiert vorgetragen noch glaubhaft gemacht. Der Vortrag der Antragsgegnerin erschöpft sich in der Darlegung von Sachverhalten, die mit dem gegenständlichen Verfahren nichts zu tun haben.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Entscheidung kann sofortige Beschwerde (im Folgenden: Beschwerde) eingelegt werden.

Die Beschwerde ist binnen einer Notfrist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Pinneberg
Außenstelle
Osterbrooksweg 42 + 44
22869 Schenefeld

oder bei dem

Landgericht Itzehoe
Theodor-Heuss-Platz 3
25524 Itzehoe

einzulegen.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung, spätestens mit dem Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle eines der genannten Gerichte. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei einem der oben genannten Gerichte eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Die Beschwerdeschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthal-

ten, dass Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt werde.

Rechtsbehelfe können auch als **elektronisches Dokument** eingereicht werden. Eine einfache E-Mail genügt den gesetzlichen Anforderungen nicht.

Rechtsbehelfe, die durch eine Rechtsanwältin, einen Rechtsanwalt, durch eine Behörde oder durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse eingereicht werden, sind **als elektronisches Dokument** einzureichen, es sei denn, dass dies aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich ist. In diesem Fall bleibt die Übermittlung nach den allgemeinen Vorschriften zulässig, wobei die vorübergehende Unmöglichkeit bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen ist. Auf Anforderung ist das elektronische Dokument nachzureichen.

Elektronische Dokumente müssen

- mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder
- von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereicht werden.

Ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen ist, darf wie folgt übermittelt werden:

- auf einem sicheren Übermittlungsweg oder
- an das für den Empfang elektronischer Dokumente eingerichtete Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) des Gerichts.

Wegen der sicheren Übermittlungswege wird auf § 130a Absatz 4 der Zivilprozessordnung verwiesen. Hinsichtlich der weiteren Voraussetzungen zur elektronischen Kommunikation mit den Gerichten wird auf die Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV) in der jeweils geltenden Fassung sowie auf die Internetseite www.justiz.de verwiesen.

Gärtner

Direktorin des Amtsgerichts



Beglaubigt
Schenefeld, 14.07.2026

Mannes
Justizangestellte

Absender:

Amtsgericht Pinneberg
Bahnhofstraße 17
25421 Pinneberg

Hinweis: Umschlag bitte aufbewahren, siehe unten!

Zugestellt am
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)

MW 17.02.26

Aktenzeichen

69 C 126/25

Förmliche Zustellung

Weitersenden innerhalb des

- ☐ Bezirks des Amtsgerichts
☐ Bezirks des Landgerichts
☒ Inlands

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke

- ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen
☐ Keine Ersatzzustellung an:
☐ Nicht durch Niederlegung zustellen
☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

Wichtiger Hinweis:

Mit dieser Sendung werden Ihnen in gesetzlich vorgeschriebener Form die im Umschlag enthaltenen Schriftstücke förmlich zugestellt. Die förmliche Zustellung eines Schriftstücks dient dem Nachweis, dass dem Adressaten in gesetzlich vorgeschriebener Form Gelegenheit gegeben worden ist, von dem Schriftstück Kenntnis zu nehmen, und wann das geschehen ist.

Den **Tag der Zustellung** vermerkt der Zusteller auf dem Umschlag (siehe Vorderseite). Bitte bewahren Sie den Umschlag zusammen mit den darin enthaltenen Schriftstücken auf. Er dient als Beleg, wenn Sie angeben müssen, welche Schriftstücke Ihnen wann zugestellt worden sind.